

## OGL: Haushaltsrede zum DHH 2026/27 (2.12.2025)

Sehr geehrte Anwesende,

meine Vorredner:innen haben es schon ausführlich dargelegt: Die Kommunen haben es tatsächlich nicht leicht. Immer wieder übertragen ihnen Bund oder Land Aufgaben, ohne für die dadurch verursachten Kosten auch gerade zu stehen.

Und zu diesen Pflichtaufgaben, die wir erfüllen müssen, egal wie es in unserem Haushalt gerade aussieht, kommt ja auch noch eine Quasi-Pflichtaufgabe, die sich implizit aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zum generationengerechten Klimaschutz ergibt.

Nach diesem Urteil müssen alle staatlichen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, nachvollziehbare CO<sub>2</sub>-Einsparungen bis zur Klimaneutralität planen – und anschließend auch umsetzen. Wir dürfen klimapolitisch nicht mehr „bummeln“, weil wir damit dazu beitragen würden, dass die jetzt noch Jüngeren dann immer teurere (und schließlich unrealistische) CO<sub>2</sub>-Einsparungen bewirken müssten, um ein Überschreiten der kritischen Kipppunkte noch zu verhindern.

Wie prekär es um das das Weltklima bereits bestellt ist, wird im *State of the Climate Report* der Universität von Oregon für 2025 prägnant formuliert. Ich zitiere:

„Das Jahr 2024 war wahrscheinlich das heißeste seit 125.000 Jahren. Strategien zur Eindämmung des Klimawandels sind verfügbar und werden dringend gebraucht. Wir können die Erwärmung noch begrenzen – aber das Zeitfenster schließt sich.“

Was bedeutet das für Plochingen? Es bedeutet, dass Klimapolitik künftig nicht mehr nebenher, also über ohnehin anstehende Sanierungen, abgewickelt werden kann. Sie muss eigenständiges strategisches Ziel werden. Der Klimaschutz, der sich betriebswirtschaftlich rechnet, reicht leider nicht mehr aus.

Deshalb haben wir beantragt, dass die Stadtverwaltung – mit Unterstützung unserer Klimaschutzbeauftragten – eine nachvollziehbare „Roadmap“ vorlegt, wie sämtliche kommunale Liegenschaften (im Kernhaushalt *und* bei den Eigenbetrieben) bis 2040 „faktisch klimaneutral“ gemacht werden sollen.

Wir können doch nicht unsere Bürger:innen auf unserer *Umwelt- und Klima-Messe* dazu anregen, Häuser zu dämmen und auf CO<sub>2</sub>-freie Energiequellen umzusatteln, um dann als Gemeinde unserer Vorbildfunktion in diesem Bereich nicht gerecht zu werden.

Zur kommunalen Dekarbonisierung gehört selbstverständlich auch die kommunale Verkehrswende. Deswegen fordern wir, dass jene Mittel, die für die Sanierung des ZOB vorgesehen waren, dann aber für den Um- und Ausbau des Bauhofs eingesetzt wurden, zumindest teilweise wieder bereitgestellt werden – und zwar über Zuweisungen für den kommunalen Finanzausgleich, die die Landesregierung den Kommunen Anfang Oktober – zusätzlich zum Sondervermögen des Bundes – bereits zugesagt hat.

Insbesondere für das abgerissene Schutzdach des ZOB muss möglichst bald wieder ein zeitgemäßer und attraktiver Ersatz geschaffen werden. Wir haben hierzu schon einen Vorschlag eines Plochinger Architekten an das Verbandsbauamt weitergeleitet: eine elegante, flügelartige Konstruktion aus Glas und Stahl, die an der östlichen und nördlichen Außenseite des DB-Parkhauses angebracht werden könnte.

Die CDU hat in den letzten Spätsommertagen in den Plochinger Nachrichten noch rasch einen Artikel veröffentlicht, in dem der Abriss des alten Daches als Verbesserung gepriesen wurde. Jetzt, Anfang Dezember, wird wieder allzu deutlich: Wir können doch nicht im Ernst abwägen, ob wir die Fahrgäste unserer Stadtbuslinie lieber buchstäblich im Regen stehen lassen – oder sie in die hinterste und finsterste Ecke des Rondells schicken.

Aber auch unter den so genannten freiwilligen Leistungen gibt es Aufgaben, die trotz der schwierigeren Kassenlage umgehend in Angriff genommen werden müssen. Insbesondere unsere Innenstadt kann nicht länger auf einige dringend notwendige Schönheitsreparaturen warten. Die lieblos angerührten Asphalt-Flicken und der mausgraue Bachlauf dürfen trotz knapper Kassen nicht so bleiben wie sie sind.

Bei der Finanzierung der „freiwilligen Aufgaben“ wäre es allerdings allzu bequem, einfach nach mehr Mitteln aus Berlin oder Stuttgart zu rufen. Hier gilt es, auch Einsparpotenziale zu identifizieren. Unser Vorschlag an CDU und SPD lautet:

*Wir geben unseren Plan auf, durch eine Einbahnstraße vor dem dem Bahnhof zusätzlichen Platz für den geplanten „multimodalen Verkehrsknoten“ zu generieren. Und umgekehrt geben CDU und SPD ihren Plan auf, die Eisenbahnstraße durchgängig zweispurig auszubauen. Das würde – über die nächsten Jahre verteilt – einen Millionenbetrag einsparen und die Verkehrssituation vor dem Bahnhof sowie zwischen dem Bahnhof und dem Kreisel beim Kino zumindest nicht „verschlimmbessern“. So könnte eine ziemlich kontroverse kommunalpolitische Debatte kostendämpfend befriedet werden.*

Zwar ist eine Mehrheit der Ratsmitglieder bisher für den durchgängigen Ausbau der Eisenbahnstraße. Aber drei von fünf Fraktionen haben sich gegen das Projekt positioniert.

In Zeiten knapper Kassen muss allerdings auch die Einnahmeseite ins Auge gefasst werden. Hier haben wir den Antrag auf Nutzung des Instruments der Grundsteuer C ab 2027 gestellt und wünschen uns ab diesem Zeitpunkt auch eine kostendeckende Kalkulation der Parkgebühren.

Die zusätzlichen Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes sollten wir übrigens nicht in jährlichen Raten mehr oder minder „versickern“ lassen, sondern für ein Transformationsprojekt nutzen, das wir uns sonst vielleicht gar nicht leisten könnten: Als erste Priorität fällt uns hier der Aufbau eines Nahwärmenetzes ein.

Lassen Sie mich nun noch einen Blick in die Zukunft jenseits des zur Beratung anstehenden Doppelhaushalts werfen, also in eine Zeit, für die wir jetzt zumindest schon Planungsmittel bereitstellen sollten:

Sobald die Planung für die Sanierung des Filsgebiets abgeschlossen ist, sollte sich unser Blick so schnell wie möglich auf das Kronen-Areal richten, das ja auch unser Bürgermeister in seiner Haushaltsrede erwähnt hat.

Gegenüber dem Hundertwasser-Haus sollte u.E. ein Gebäudekomplex zu Wohn- und Gewerbebezwecken entstehen, in vergleichbarer Dimension und zeitgemäßer architektonischer Sprache – vielleicht in reiner Holzbauweise, vielleicht auch als „vertikaler Wald“. Dabei sollte der Lidl-Parkplatz unter die Erde verlegt und überplant werden.

Eine konkrete Anregung noch hierzu: Die Generalsanierung unserer Rathäuser können wir aufgrund der klimapolitischer Vorgaben aus Berlin, Stuttgart und Brüssel auch nur noch begrenzt aufschieben. Ließe sich vielleicht zumindest eines der beiden Rathäuser als Neubau in diesen Komplex integrieren?

Abschließend haben wir noch einen Vorschlag für die Mitte unseres Jahrhunderts. Wir sollten schon jetzt ernsthafte Überlegungen anstellen, ob wir uns für das Jahr 2048, also zum 50-jährigen Jubiläum der Landesgartenschau, erneut bewerben wollen – idealerweise gemeinsam mit unserer Nachbargemeinde Wernau. Ein renaturierter Neckar würde, in Ergänzung zu einer bald hoffentlich wieder zugänglichen und erlebbaren Fils, unseren Kindern und Enkeln wunderbare Uferspaziergänge ermöglichen – und überdies den Hochwasserschutz für unsere Gemeinde verbessern.

Was heißt das in der Gesamtschau für unsere Haushaltsplanung?

Für investive Ausgaben zur Erreichung der Klimaneutralität wird in den nächsten Jahren eine beträchtliche Neuverschuldung erforderlich sein. Wärmenetze sind extrem teuer, und auch eine Wärmepumpe am Neckar hätte, falls sie sich realisieren lässt, einen stolzen Preis.

Da wir aber unsere „Schulden gegenüber dem Klima“, wie bereits erwähnt, ab einem bestimmten Punkt nicht mehr zurückzahlen können, sind finanzielle Schulden für diesem Zweck nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten – zumindest, so lange der Bund den Kommunen keine auskömmlichen Mittel für die Dekarbonisierung zur Verfügung stellt.

Freiwillige Ausgaben sollten wir allerdings ohne zusätzliche Kreditaufnahme oder Fördermittel stemmen.

Deshalb erneut unser Appell: Lasst uns die jetzige Verkehrsführung vor dem Bahnhof und zwischen Bahnhof und Neckarstraße im Wesentlichen beibehalten und die Eisenbahnstraße nach Westen nur einspurig ausbauen. Die hier eingesparten Mittel könnten dann in wesentlich nützlichere Projekte für die Zukunft unserer Stadt investiert werden.

Vielen Dank!

Peter Blitz